

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Andreas Stangl

Mag.<sup>a</sup> Margit Göbl

Präsident der AK Oberösterreich

AK-Bezirksstellenleiterin Wels

**Bilanz 2021 der AK Wels:  
Fast 11,8 Millionen Euro erkämpft**

Pressefrühstück

Dienstag, 22. März 2022, 9 Uhr

Arbeiterkammer Wels

316.040 Anfragen haben die Expertinnen und Experten der AK Oberösterreich in ihrer Zentrale in Linz und in den 14 Bezirksstellen im Jahr 2021 bearbeitet. Und sie haben fast 90 Millionen Euro für die Mitglieder erkämpft. Das zweite Corona-Jahr hat die Arbeitnehmer/-innen vor besondere Herausforderungen gestellt, die sich auch in den Beratungen in der AK Oberösterreich niedergeschlagen haben. Das letzte Monat des vergangenen Jahres stand ganz im Zeichen des Präsidentenwechsels. Nach 18 Jahren an der Spitze der Arbeiterkammer Oberösterreich ist Dr. Johann Kalliauer im November 2021 in Pension gegangen. Als seinen Nachfolger wählte die Vollversammlung der AK Oberösterreich mit großer Mehrheit den bisherigen Vizepräsidenten Andreas Stangl.

### **Ein Präsident mit großer politischer Erfahrung**

Andreas Stangl ist 52 Jahre alt, erlernte in der AMAG in Ranshofen einen Metallberuf und ist seit seiner Jugend in der Gewerkschaft aktiv. Er war Betriebsratsvorsitzender, Geschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) Oberösterreich, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der AK, stellvertretender Vorsitzender des ÖGB und AK-Vizepräsident in Oberösterreich. Er war langjähriger Stadtrat und Vizebürgermeister in Leonding, ist in der Landespolitik bestens vernetzt und kann so die Interessen der Mitglieder optimal vertreten. Zuletzt hat er als Sprachrohr für die Beschäftigten in der Pflege in harten Verhandlungen mit dem Land Verbesserungen erreicht. In der Corona-Krise hat er dazu beigetragen, sehr rasch die Kurzarbeit auf den Weg zu bringen, die zigtausende Arbeitsplätze gerettet hat.

### **Einsatz für eine gerechte Arbeitswelt**

Die AK Oberösterreich sieht Stangl als unverzichtbares Korrektiv für gesellschaftliche Machtungleichgewichte zwischen Arbeitnehmern/-innen und Unternehmen. Noch immer gebe es eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Rechten der Arbeitnehmer/-innen und deren Respektierung und Anwendung in den Unternehmen. Die meisten Anfragen gab es auch 2021 zum Arbeits- und Sozialrecht und hier insbesondere zum Entgelt, zu den Pensionen und zur Auflösung von Dienstverhältnissen. Rund 60 Prozent aller Anfragen beim AK-Rechtsschutz betrafen diese drei Themen. Weitere wichtige Themen waren Arbeitslosengeld/Notstandshilfe, Mutterschaft/Karenz/Wochengeld, Altersteilzeit und Pflege-

geld. Das Thema Corona-Kurzarbeit, das 2020 noch zu den wichtigsten in der AK-Rechtsberatungen zählte, schien 2021 nicht mehr unter den Top-Ten auf.

In 5.869 Fällen musste die AK Oberösterreich Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten gerichtlich vertreten. Gegen die Missstände, die das notwendig machen, will Stangl entschlossen vorgehen und fordert mehr Respekt und Gerechtigkeit für Arbeitnehmer/-innen. Unter Gerechtigkeit versteht er z.B. die Einhaltung aller arbeitsrechtlichen Bestimmungen und Schluss mit unbezahlten Überstunden und falschen Einstufungen. Vorenthaltene finanzielle Ansprüche haben nicht nur unmittelbar, sondern auch langfristig negative Auswirkungen und führen etwa zu geringeren Pensionsansprüchen. Frauen, deren Pensionen vielfach ohnehin schon zu niedrig sind, trifft das besonders.

Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst auf die Dezentralisierung ihrer Serviceleistungen. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen: in der Zentrale in Linz oder in einer der 14 AK-Bezirksstellen in ganz Oberösterreich.

### **Fünf Millionen Euro im Jahr 2022 für eine oberösterreichische Ausbildungs-offensive**

Jährlich fallen in Oberösterreich 3.153 Jugendliche vorzeitig aus dem formellen Bildungssystem heraus. Mehr als 40 Prozent davon (1.296) sind junge Schulaussteiger/-innen, die nach der 9. Schulstufe oder schon zuvor die Schule verlassen. Weit über 40 Prozent (1.362) brechen eine Lehre ab bzw. beenden sie ohne Abschlusserfolg. Der „Rest“ (495) bricht eine weiterführende Schule nach der 10. Schulstufe ab. Der frühe Ausbildungsabbruch (max. Pflichtschulabschluss) umfasst ca. 14 Prozent (rund 12.000 junge Erwachsene) der 20- bis 24-jährigen Oberösterreicher/-innen.

Im Jahr 2021 waren in Oberösterreich 5.388 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren beim AMS gemeldet, die auf Lehrstellen- oder Jobsuche waren und maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügten. Im Bezirk Wels waren es 646: 93 Lehrstellensuchende ohne Einstellungszusage, 247 arbeitslose Jugendliche und 306 Jugendliche in Schulungen, jeweils ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Eine große Ausbildungsinitiative ist daher ein besonderes Anliegen des neuen AK-Präsidenten. Die AK Oberösterreich stellt dafür 2022 fünf Millionen Euro zur Verfügung und Andreas Stangl wird dazu Gespräche mit möglichen Partnern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führen.

Neben jungen Menschen brauchen auch Langzeitbeschäftigungslose deutlich mehr Unterstützung. Waren im Oktober 2008 noch 1.100 Menschen in Oberösterreich langzeitbeschäftigungslos, sind es jetzt fast 10.000. Dabei zeigt gerade die Corona-Krise, dass es in Oberösterreich in vielen gesellschaftlichen Bereichen enormen Personalbedarf gibt.

Bereits jetzt hilft die Arbeiterkammer vielen Menschen in Oberösterreich mit individueller Beratung und Ausbildungsunterstützungen, ihren Bildungsweg erfolgreich zu gestalten. Insgesamt hat die AK Oberösterreich im Jahr 2021 im ganzen Bundesland 1.498 persönliche Bildungsberatungen durchgeführt, 984 davon fanden in der Linzer Zentrale statt. 39 Beratungen führten die AK-Experten/-innen in der Bezirksstelle Wels durch, um den Ratsuchenden lange Fahrtwege zu ersparen.

So wandte sich etwa ein Mann, der nach seinem Lehrabschluss als Bäcker in diesem Beruf schon einige Jahre gearbeitet hatte, an die Bildungsberater/-innen in der AK Wels. Er wollte gerne in den medizinischen Bereich wechseln. In der Bildungsberatung erhielt er umfassende Informationen zu diversen Berufen, Bildungsanbietern, Auswahlprozess, Förderungen und Finanzierungsmöglichkeiten. Er entschied sich daraufhin, eine Ausbildung als Pflegefachassistent anzustreben und bestand auch das Auswahlverfahren. Inzwischen befindet er sich mit Finanzierung durch das Fachkräftestipendium in der Ausbildung zu diesem Beruf.

### **Sofortige Entlastung der Beschäftigten in Gesundheit und Pflege**

Die Corona-Krise hat überdeutlich gemacht, dass alle Beschäftigten in Pflege- und Gesundheitsberufen dringend entlastet werden müssen. Beim Corona-Bonus fordert der AK-Präsident eine sofortige Korrektur. Er wurde viel zu wenigen Beschäftigten zuerkannt (zum Beispiel ging der Rettungsdienst völlig leer aus) und selbst von diesen haben ihn nicht alle erhalten – z.B. bei einem Arbeitgeberwechsel. Die Covid-Prämie muss daher sofort auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden.

Der AK-Präsident fordert, dass sowohl in den Krankenhäusern als auch in der institutionellen und mobilen Pflege das Personal so rasch wie möglich um 20 Prozent aufgestockt wird, verteilt über alle Berufsgruppen. Alleine bis 2025 fehlen in den Mobilien Diensten und Heimen mit vorsichtiger Schätzung 1.600 Vollzeitstellen: Mehraufgaben und neue Anforderungen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Und in den Krankenhäusern braucht es 6.025 zusätzliche Dienstposten in der Pflege, nur um Pensionierungen und den Mehrbedarf durch Bevölkerungsentwicklung zu stemmen. Ein Umlegen dieser Zahlen auf einzelne Bezirke ist leider nicht möglich, weil es keine offiziell verfügbaren Daten zu Pflege und Betreuung auf Bezirksebene gibt. Diese werden unter Verschluss gehalten.

Zusätzlich braucht es den sofortigen Einsatz von Unterstützungskräften inkl. Kostenübernahme durch das Land. Und es braucht eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für alle Bereiche der Gesundheit und Pflege, die auch einen echten und leistbaren Umstieg aus anderen Branchen ermöglicht.

### **Sozial gerechter Klimaschutz**

Für den neuen AK-Präsidenten ist, insbesondere in Oberösterreich, eine sozial gerechte Klimapolitik ein Gebot der Stunde. Ein starker, aktiver Staat müsse dabei die Führungsrolle einnehmen. Dazu braucht es eine Industriestrategie, die Infrastruktur, Bildung und Forschung, Arbeitsmarkt und Regionalpolitik in einem Zukunftskonzept vereint. Politik, Arbeitnehmer- und Unternehmensvertretung, Ökonomen/-innen und weitere Experten/-innen sollen die Strategie und die konkreten Maßnahmen dazu gemeinsam erarbeiten.

CO<sub>2</sub>-Steuern auf Konsum sind aber sozial ungerecht. Sie belasten die ärmeren Bevölkerungsschichten am stärksten. Besonders belastet werden auch die Pendler/-innen. Im Bezirk Wels-Land haben nur 15,6 Prozent der Arbeitnehmer/-innen ihren Arbeitsplatz am Wohnort, 65,7 Prozent müssen aus dem Bezirk auspendeln und der Rest pendelt im Bezirk. In Wels-Stadt haben 54,5 Prozent der Arbeitnehmer/-innen ihren Arbeitsplatz am Wohnort, der Rest pendelt aus. 32,9 Prozent der Pendler/-innen aus Wels-Land und 26,1 Prozent der Pendler/-innen aus Wels-Stadt müssen dafür hin und retour mindestens 40 km, 19,7 Prozent aus Wels-Land und 20,6 aus Wels-Stadt mindestens 60 km und 7,4 Prozent aus Wels-Land und 7,1 Prozent aus Wels-Stadt sogar mindestens 100 km zurücklegen.

Bei einer mittleren täglichen Wegstrecke von 45 km legen die oberösterreichischen Pendler/-innen jährlich insgesamt 4,8 Milliarden Kilometer zurück. Somit verursacht der Arbeitsweg für sie Spritkosten in Höhe von mindestens 500 Mio. Euro. Die aktuellen Preissteigerungen sind hier noch gar nicht berücksichtigt.

Ein erheblicher Teil der Einpendler/-innen im Welser Zentralraum kommt aus den Bezirken Grieskirchen und Schärding. Dort spielt der öffentliche Verkehr angebotsseitig noch immer eine eher geringe Rolle. Zusätzliche Zug- und Busverbindungen wären für die Betroffenen sicher eine große Unterstützung und vermutlich für viele, die jetzt noch mit dem Auto unterwegs sind, ein Anreiz zum Umsteigen auf Öffis.

Im Interesse der Pendler/-innen braucht es einen flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs – vor allem auch in jenen ländlichen und peripheren Regionen, die diesbezüglich bislang vernachlässigt wurden. Park-and-Ride-Anlagen, die den Umstieg auf die Hauptlinien von Bus und Bahn erleichtern, sowie sichere Radwege abseits der Hauptstraßen müssen massiv ausgebaut werden.

Solange es für viele Pendler/-innen vor allem in ländlichen Regionen für die Fahrt zur Arbeit aber keine öffentliche Alternative zum Privat-Pkw gibt, müssen ihnen die Mehrkosten durch die CO<sub>2</sub>-Steuern für das Pendeln ausgeglichen werden. Der Pendlerbonus aus der jüngsten Steuerreform reicht nicht aus, um die Mehrkosten abzudecken. Daher sollte die Pendlerpauschale in einen kilometerabhängigen Absetzbetrag umgewandelt werden, der einkommensunabhängig wirkt und damit sozial gerechter ist.

Nachbesserungsbedarf beim Klimabonus gibt es auch für Mieter/-innen mit einer Öl- und Gasheizung. Da sie nicht über das für die Wohnung verwendete Heizungssystem entscheiden können, sollte eine Kostenbeteiligung der Vermieter/-innen eine fairere Kostenaufteilung und eine höhere Lenkungswirkung bringen.

Eine soziale Klimapolitik erfordert auch höhere Steuerbeiträge von den Reichen und staatliche Regulierungen, die die Produzenten in die Verantwortung nehmen.

Und ein starker Sozialstaat kann und muss soziale Härten im Zuge des Umbaus verhindern.

### **Die Digitalisierung der Arbeitswelt sozial gerecht gestalten**

Im Jänner 2019 hat die AK mit 30 Millionen Euro für fünf Jahre einen Zukunftsfonds dotiert, um Digitalisierungsprozesse in oberösterreichischen Betrieben so zu begleiten, dass sie unter aktiver Einbindung von Betriebsräten und Belegschaften arbeitnehmerfreundlich gestaltet werden. 145 Projekte, von denen 70.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren, wurden schon gestartet. 49 wurden bereits erfolgreich abgeschlossen.

In der Stadt Wels hat das Kinderschutzzentrum Tandem das Projekt „Digitalisierungsoffensive für Kinderschutzzentrum (KISZ) Tandem“ umgesetzt. Mit neu angeschaffter Hard- und Software wird eine digitale Dokumentation möglich, was die Arbeit der Beschäftigten deutlich einfacher macht. Es sind weniger Dienstreisen nötig und die Kommunikation innerhalb der Organisation wird verbessert. Mit ausführlichen Schulungen wurden auch anfängliche Ängste der Belegschaft beseitigt.

Den Zukunftsfonds, der solche Projekte ermöglicht, will der neue AK-Präsident nicht nur fortführen, sondern auf möglichst viele weitere Betriebe ausweiten. Damit die Arbeiternehmer/-innen die Digitalisierung als Chance erleben, die neue Arbeitsplätze schafft, statt welche zu vernichten, fordert Stangl aber auch die Politik und die Unternehmen auf, alle Beschäftigten durch einen Rechtsanspruch auf eine bezahlte Weiterbildungswoche zu unterstützen.

### **8.926-mal Rat und Hilfe in der AK Wels**

Ende Dezember 2021 hatten 32.737 AK-Mitglieder ihren Hauptwohnsitz im Bezirk Wels-Land und 28.378 in der Stadt Wels gemeldet. Im vergangenen Jahr wandten sich Rat- und Hilfesuchende 8.926-mal an die AK Wels: in 5.701 Fällen telefonisch, in 2.547 Fällen persönlich (inklusive 39 Bildungsberatungen) und in 678 Fällen schriftlich bzw. per E-Mail.

## **Fast 11,8 Millionen Euro erkämpft**

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen reicht eine Beratung nicht aus. Die AK muss bei den Arbeitgebern intervenieren und, wenn das nichts bewirkt, vor Gericht gehen, um den Arbeitnehmer/-innen zu ihrem Recht zu verhelfen. Durch außergerichtliche Interventionen in 248 Fällen wurden 491.244 Euro an vorenthaltenem Entgelt hereingebracht. Durch Rechtsvertretung vor dem Arbeitsgericht mussten in 92 Fällen 893.680 Euro erkämpft werden. Von den insgesamt 340 Fällen stammt die überwiegende Mehrheit (265 Fälle) aus Betrieben ohne Betriebsrat. Daran erkennt man, wie wichtig eine betriebliche Interessenvertretung für die korrekte Bezahlung der Arbeitnehmer/-innen und die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts ist.

Hauptsächliche Gründe für Rechtshilfen und -vertretungen waren Fragen rund ums Entgelt (86), Differenzen bei der Endabrechnung von beendeten Arbeitsverhältnissen (83), vorenthaltenes Entgelt (52) sowie unbegründete Entlassung (33) und fristwidrige Kündigung (24 Fälle).

In ihrem Engagement für ihre Mitglieder machen die AK-Rechtsexperten/-innen keinen Unterschied, ob es sich um große oder kleine Beiträge handelt. Die eingeforderten und erkämpften Beträge reichten vergangenes Jahr in der Bezirksstelle Wels von 58 Euro bis 409.605 Euro.

In 251 Sozialrechtsangelegenheiten erstritt die AK Wels im vergangenen Jahr 6.178.846 Euro. Dabei ging es um die Themen Pension, Pflegegeld sowie Rente. Zusätzlich wurden 2021 für 185 Arbeitnehmer/-innen aus 16 insolventen Betrieben in den Bezirken Wels-Land und Wels-Stadt 4.223.536 Euro durchgesetzt. Die größten Insolvenzen betrafen die Firmen Schweitzer Ladenbau GmbH mit 81 Arbeitnehmern/-innen und die Hussel Confiserie GmbH mit 40 Arbeitnehmern/-innen (beide Stadt Wels) sowie die Translogistik GmbH aus dem Bezirk Wels-Land mit 23 Arbeitnehmern/-innen.

In Summe hat die AK Wels im Vorjahr an arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen sowie an Forderungen nach Insolvenzen für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 11.787.306 Euro erreicht.



### **Gerichtstreit um rund 4.100 Euro nach termin- und fristwidriger Kündigung**

Fünf Monate lang war eine Frau als Handelsangestellte teilzeitbeschäftigt. Plötzlich wollte der Arbeitgeber ihr wöchentliches Stundenausmaß von 30 auf 15 bis 20 Stunden reduzieren. Die Arbeitnehmerin wollte das nicht und teilte dies ihrem Vorgesetzten unter anderem per Mail mit. Daraufhin kündigte dieser ihr Arbeitsverhältnis termin- und fristwidrig – während sie sich gerade im Krankenstand befand. Das noch ausstehenden Gehalt rechnete er dann auch noch falsch ab: Nämlich zum Gehalt des reduzierten Stundenausmaßes. Die Frau wandte sich an die AK Wels. Diese forderte schriftlich vom ehemaligen Arbeitgeber alle noch offenen Zahlungen ein: Gehalt für das letzte Monat vor dem Ausspruch der Kündigung, Entgeltfortzahlung für die Dauer der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit der Frau sowie die Kündigungsentschädigung für den Zeitraum der Kündigungsfrist, an die sich der Arbeitgeber nicht halten wollte – in Summe 4.091 Euro brutto.

Doch der ehemalige Arbeitgeber lenkte nicht ein und behauptete unter anderem, die Frau habe der Stundenreduktion zugestimmt. Aus diesem Grund musste die AK die Ansprüche einklagen. Das Gericht stellte fest, dass die Arbeitnehmerin der Stundenreduktion nicht zugestimmt hatte. Auch das wollte der ehemalige Arbeitgeber noch nicht akzeptieren, weshalb er in Berufung ging. Auch die zweite Instanz gab der Arbeitnehmerin recht: Nach mehr als einem Jahr des Rechtsstreits erhielt sie schlussendlich die ihr zustehenden offenen Zahlungen.

### **AK Wels erkämpfte Pflegegeld und Invaliditätspension für Schwerkranken**

Ein 56-jähriger, schwer kranker Mann wandte sich verzweifelt an die AK Wels. Obwohl er an mehreren schweren Krankheiten gleichzeitig litt, keiner Arbeit mehr nachgehen konnte, bei sämtlichen alltäglichen Dingen Unterstützung brauchte und ein normales Leben nicht mehr möglich war, hatte die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) sowohl seinen Antrag auf Invaliditätspension als auch auf Pflegegeld abgelehnt.

Die AK reichte Klage gegen die negativen Bescheide der PVA ein. Mit Erfolg: Ein neues Gutachten im Zuge des Gerichtsverfahrens bestätigte die Arbeitsunfähigkeit und den Pflegebedarf des Mannes. Die PVA sprach dem Mann – auch rückwirkend – die Invaliditätspension sowie Pflegegeld der Stufe 3 (aktuell 475,2 Euro monatlich) zu.

## **AK Wels – Serviceangebot**

### **Öffnungszeiten:**

Montag bis Donnerstag: 7:30 Uhr bis 16 Uhr

Freitag: 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr

**Persönliche Beratung:** Um Terminvereinbarung unter der Telefonnummer +43 (0)50/6906-5318 wird gebeten.

**Telefonische Beratung:** +43 (0)50/6906-1.

**Bildungsberatung persönlich:** Donnerstag (alle 14 Tage) ab 15 Uhr nach vorheriger Terminvereinbarung unter der Telefonnummer +43 (0)50/6906-5318.

### **Kontaktdaten**

4600 Wels, Roseggerstraße 8

Tel: +43 (0)50/6906-5318

Fax: +43 (0)50/6906-5399

Homepage: [ooe.arbeiterkammer.at/wels](http://ooe.arbeiterkammer.at/wels)

E-Mail: [wels@akooe.at](mailto:wels@akooe.at)